

→ Medienkonferenz

«Wake-up Call»

für den Standort Schweiz

5. Mai 2025

Medienmitteilung

Montag, 5. Mai 2025

«Wake-up Call» für den Standort Schweiz

Gemeinsam an einem Strang ziehen, um Stabilität und Wettbewerbsfähigkeit zu sichern.

Das Wichtigste in Kürze:

- **Die aktuelle Lage muss ein Weckruf für die Schweiz sein: Ohne Massnahmen büsst unser Land an Stabilität und Wettbewerbsfähigkeit ein.**
- **Damit der Bund handlungsfähig bleibt gilt es, das «Entlastungspaket 27» ausgabenseitig umfassend umzusetzen. Auf einnahmenseitige Massnahmen ist zu verzichten.**
- **Auch die Unternehmen und Arbeitnehmenden müssen mit einem Massnahmenpaket entlastet werden. Das stärkt nicht nur die Resilienz und Wettbewerbsfähigkeit unseres Standorts, sondern schafft auch neue Einnahmepotenziale für den Staat.**

Die weltwirtschaftlichen und geopolitischen Unsicherheiten halten an. Die Schweiz ist mittendrin. Gerade in diesen Zeiten zeigt sich, worauf es wirklich ankommt: Stabilität und eine resiliente, leistungsstarke Wirtschaft als Basis für unseren Wohlstand. Beide Erfolgsfaktoren stehen unter erheblichem Druck. Die Schweiz muss dringend aus ihrem gemütlichen Trott herauskommen und handeln. Denn ohne Massnahmen verliert unser Standort Stabilität und Wettbewerbsfähigkeit. Damit der Staat gerade auch in schwierigen Zeiten handlungsfähig bleibt, ist es entscheidend, dass das «Entlastungspaket 27» des Bundesrats ausgabenseitig umfassend umgesetzt wird. Nur so kann die Schuldenbremse eingehalten und Spielraum für Investitionen in die Verteidigungsfähigkeit geschaffen werden. Die Wirtschaft stellt sich deshalb klar hinter das «EP27».

Es braucht ein Massnahmenpaket zur Stärkung des Wirtschaftsstandorts

Die Schweiz steht unter Druck. Gleichzeitig stärken viele Länder ihre Standortattraktivität. Entscheidend ist, dass jetzt auch die Schweizer Politik Haltung zeigt und handelt. Auf neue regulatorische Belastungen sowie auf zusätzliche Abgaben muss dringend verzichtet werden. «Zum einen braucht es jetzt ein Regulierungsmoratorium», sagte Christoph Mäder, Präsident von economiesuisse, an der gemeinsamen Medienkonferenz der Wirtschaft. «Zum anderen muss ein Massnahmenpaket zur Stärkung des Wirtschaftsstandorts Schweiz ausgearbeitet werden», so Christoph Mäder. Die Wirtschaft fordert deshalb die Einsetzung einer Expertengruppe aus Vertreterinnen und Vertretern aus Wirtschaft, Wissenschaft und Bund, die ein departementübergreifendes Paket vorschlagen soll.

Gegen zusätzliche Steuern und Abgaben

Ein spezielles Augenmerk müssen wir auch auf die Soziale Wohlfahrt als grössten Ausgabenposten des Bundes richten. Gerade bei der AHV steigen die Ausgaben stark an – nicht zuletzt aufgrund des demografischen Wandels und der Einführung der 13. AHV-Rente. Vor diesem Hintergrund ist es

entscheidend, dass die Finanzierung der Sozialwerke langfristig gesichert wird, ohne die Arbeit weiter zu verteuern. Dies ist ein zentraler Standortfaktor für Unternehmen, die bei ihrer Entscheidung, wo sie investieren, auf wettbewerbsfähige Lohnnebenkosten und stabile Rahmenbedingungen angewiesen sind. Die geplante Entflechtung der AHV-Finanzierung vom Bundeshaushalt wird deshalb klar befürwortet – allerdings darf sie keinesfalls zu zusätzlichen Lohnabgaben führen. «Es braucht jetzt ein klares Bekenntnis: keine weiteren Lohnabgaben für die AHV», betonte Severin Moser, Präsident des Schweizerischen Arbeitgeberverbands.

Auch Stefan Mäder, Präsident des Schweizerischen Versicherungsverbands, sprach sich entschieden gegen höhere Steuern aus. «Der Bund hat ein Ausgaben- und kein Einnahmenproblem. Die geplanten Erhöhungen der Besteuerung von Vorsorgekapitalien würden einen grossen Teil der Bevölkerung treffen und sind klar abzulehnen», betonte er. «Das Dreisäulensystem und damit eine der wichtigsten Errungenschaften unseres Landes würden geschwächt», so Stefan Mäder. Gerade aus Sicht der Versicherten wäre es ein Verstoß gegen die Rechtssicherheit, wenn mitten im Spiel die Regeln geändert würden. Dies würde das Vertrauen in staatliches Handeln und die Eigenverantwortung in der Vorsorge schwächen. Aber auch aus Standortsicht dürfe an der Verlässlichkeit des Dreisäulensystems nicht gerüttelt werden, denn die Vorsorgegelder fliessen in langfristige Investitionen und stärken damit den Standort Schweiz.

Handelshemmnisse abbauen

Der internationale Handelskonflikt belastet Schweizer Exporte, Unternehmen und Investitionen. Mit der Aufnahme der Schweiz zu den 15 Handelspartnern, mit denen die USA vorrangig eine Einigung zur Zollbeilegung anstreben, ist ein erster Schritt zur Lösung des Zollstreits getan. Enge diplomatische Beziehungen zu den USA bleiben jedoch zentral. Gleichzeitig ist die Schweiz als offene Volkswirtschaft auf den bestmöglichen Zugang zu Märkten auf der ganzen Welt angewiesen. «Freihandelsabkommen werden damit noch wichtiger. Konkret: das rasche Inkrafttreten mit Indien, der Abschluss mit dem Mercosur, Malaysia, Vietnam und ein Update mit China und Mexiko», hielt Martin Hirzel, Präsident von Swissmem, fest. Referenden wären hingegen ein Schuss in den Rücken der Exportindustrie. Schliesslich müssen auch die Bilateralen III nun ins Ziel gebracht werden.

«Wake-up Call» für den Standort Schweiz

An der Medienkonferenz wurden konkrete Vorschläge für ein Massnahmenpaket zur Stärkung des Wirtschaftsstandorts Schweiz vorgestellt. Das Dokument finden Sie anbei.

Rückfragen:

- Silvan Lipp, Bereichsleiter Kommunikation, +41 44 421 35 57, media@economicsuisse.ch
- Jonas Lehner, stv. Ressortleiter Kommunikation, +41 79 627 15 19, lehner@arbeitgeber.ch
- Noé Blancpain, Leiter Kommunikation & Public Affairs, +41 78 748 61 63, n.blancpain@swissmem.ch
- Jan Mühlethaler, Leiter Public Affairs und Kommunikation, +41 79 405 35 42, media@svv.ch

Medienkonferenz

Montag, 5. Mai 2025

Es gilt das gesprochene Wort

Wirtschaftsstandort Schweiz jetzt entlasten

Christoph Mäder, Präsident economiesuisse

Sehr geehrte Damen und Herren

Ich begrüsse Sie im Namen der hier anwesenden Wirtschaftsvertreter herzlich zu unserer heutigen Medienkonferenz.

Wir erleben turbulente Zeiten. Der globale Handelskonflikt und insbesondere die Unsicherheit treffen unsere Wirtschaft hart. Gleichzeitig ist das geopolitische Kräftemessen in vollem Gange. Polen und die baltischen Staaten wollen ihre Grenzen verminen. Die Bedrohungslage ist ernst und es ist völlig klar: Europa muss mehr für die Verteidigung tun.

Unser Land ist mittendrin. Auch wir sind stark herausgefordert. Dennoch habe ich den Eindruck, dass wir in vielen Belangen noch im alten Trott weitermachen. Der Wille für echte, strukturelle Reformen ist überschaubar klein. Diese Entwicklung ist gefährlich. Denn wir sprechen von essenziellen Grundlagen für die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes, nämlich von Wohlstand und Sicherheit, die wir riskieren, wenn wir nicht handeln.

Die aktuelle Lage muss für die Schweizer Politik ein Weckruf sein, es muss ein «Wake-up Call» für unseren Standort sein – und deshalb sind wir heute hier. Wir müssen Haltung zeigen – nicht etwa wie gewisse Linke, welche mit ihren Äusserungen die Konflikte weiter anheizen. Mit Haltung meine ich Rückgrat – für die Schweiz, die Unternehmen und die Arbeitnehmenden. Das bedeutet, dass wir jetzt handeln müssen.

Die Wirtschaft hat zwei Hauptforderungen an die Adresse der Politik:

- Erstens fordern wir einen handlungsfähigen und solide aufgestellten Staat. Die ausgabenseitige Umsetzung des «Entlastungspakets 27» des Bundes ist deshalb entscheidend wichtig. Nur wenn wir den Bundeshaushalt entlasten, entsteht auch genügend Spielraum, um mehr für die Verteidigungsfähigkeit zu tun und für kommende Herausforderungen gewappnet zu sein.
- Zweitens braucht es unbedingt auch Entlastungen für den Wirtschaftsstandort und die Unternehmen. Wir fordern deshalb die Einsetzung einer Expertengruppe, welche ein departementübergreifendes und umfassendes Massnahmenpaket zur Stärkung des Standorts Schweiz erarbeitet.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich komme auf den ersten Punkt zu sprechen: Heute endet die Vernehmlassung zum «Entlastungspaket 27» des Bundes. Die Ausgangslage ist bekannt: Die Ausgaben des Bundes sind höher als die Einnahmen. Die Schweiz hat ein Ausgabenproblem. Es ist deshalb höchste Zeit, dass wir die Ausgaben in den Griff bekommen. Nur so können wir die Schuldenbremse auch in Zukunft einhalten. Für die Wirtschaft ist die Schuldenbremse zentral und nicht verhandelbar. Die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger haben sie eingesetzt, um eine Verschuldungsentwicklung, wie wir sie in den 1990er-Jahren erlebt haben und wie sie jetzt wieder droht, zu verhindern. Die Wirtschaft erwartet darum von den Parlamentarierinnen und Parlamentariern, dass sie ihre Verantwortung wahrnehmen.

Gesunde Bundesfinanzen und ein solid aufgestellter Staat sind zentrale Standortvorteile der Schweiz, die wir keinesfalls gefährden dürfen. Mit der Umsetzung des Entlastungspakets garantieren wir Stabilität, Handlungsfähigkeit und Verlässlichkeit unseres Staats. Die ausgabenseitigen Massnahmen im Rahmen des «Entlastungspakets 27» sind aus unserer Sicht vollumfänglich umzusetzen. Der Paketansatz ist dabei richtig, weil damit die Opfersymmetrie gewährleistet wird. Wir alle profitieren von ausgeglichenen Finanzen. Deshalb ist es richtig, dass wir auch alle einen Beitrag an dieses Gut leisten. Erfahrungen aus vergangenen Korrekturprogrammen zeigen, dass dieser Ansatz Erfolg versprechend ist. Wenn wir von gesunden Finanzen reden, so müssen wir auch über die AHV sprechen. Darauf wird Severin Moser, Präsident des Schweizerischen Arbeitgeberverbands, näher eingehen. Für die Wirtschaft ist klar: Auf einen weiteren Ausbau der AHV gilt es unbedingt zu verzichten.

Ich habe eingangs erwähnt: Wir müssen das «Entlastungspaket 27» besonders auch im Kontext der globalen Sicherheitslage beurteilen. Wir haben Krieg in Europa. Wir müssen unsere Armee «up to date» bringen. Das haben wir in den letzten Jahren eindeutig vernachlässigt. Es ist klar: Die Schweiz muss im Bereich Sicherheit künftig mehr ausgeben. Das geht nur, wenn der Bund über genügend Spielraum verfügt. Das «EP27» ist gerade auch vor diesem Hintergrund zentral.

Ich komme auf die zweite Hauptforderung der Wirtschaft zu sprechen: Viele Länder stärken derzeit ihre eigene Standortattraktivität. Entscheidend ist, dass jetzt auch die Schweizer Politik Haltung zeigt und handelt. Zum einen braucht es aus Sicht der Wirtschaft ein Regulierungsmoratorium. Bereits geplante Regulierungen, die den Standort Schweiz schwächen, sollten kritisch überprüft und zurückgestellt werden. Wir denken da an das Investitionsprüfgesetz, an die revidierte CO₂-Verordnung oder an die Berichterstattungspflichten. In diesen Bereichen drohen überall mehr Aufwand und Kosten für die Unternehmen. Diese können abgewendet werden, wenn diese Vorlagen zunächst einmal zurückgestellt werden.

Zum anderen fordert die Wirtschaft, dass ein konkretes Massnahmenpaket zur Entlastung des Wirtschaftsstandorts Schweiz ausgearbeitet wird. Dabei erachten wir den Ansatz und das Vorgehen beim finanzpolitischen «Entlastungspaket 27» als zielführend. Es sollte eine Expertengruppe, bestehend aus Vertretern aus Wissenschaft, Wirtschaft und Bundesbehörden, eingesetzt werden, die das Ziel verfolgt, konkrete Massnahmen auszuarbeiten, welche unseren Wirtschaftsstandort Schweiz stärken und insbesondere auch optimale Rahmenbedingungen für die wertschöpfungsintensiven Wirtschaftsaktivitäten schaffen.

Sie finden im aufliegenden Papier verschiedene konkrete Massnahmen, die Eingang finden können in ein solches Entlastungspaket für den Wirtschaftsstandort Schweiz. Wir werden im Q&A gerne auf einzelne Aspekte vertieft eingehen können. Was klar ist: Wenn wir von Entlastungen sprechen, so ist für unsere Exportnation ganz wesentlich auch der Abbau von Handelshemmnissen gemeint. Wir begrüßen es sehr, dass der Bundesrat und das SECO aktiv nach Lösungen mit den USA suchen. Für die Schweizer Wirtschaft ist zugleich und ebenso entscheidend, dass das Freihandelsnetz weltweit weiter ausgebaut wird. Last, but not least ist es zentral, dass das Paket der Bilateralen III wie geplant vor dem Sommer in die Vernehmlassung geschickt wird.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Lage ist ernst. Es ist Zeit zu handeln. Wir müssen sowohl den Bund auf eine finanziell solide Grundlage stellen als auch für den Wirtschaftsstandort Schweiz optimale Rahmenbedingungen schaffen. Meine Kollegen werden nun in den nächsten Minuten auf weitere Aspekte und Handlungsfelder zu sprechen kommen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit. Gerne übergebe ich nun das Wort an Severin Moser.

Medienkonferenz: «Wake-up Call» für den Standort Schweiz

Rede Severin Moser, Präsident Schweizerischer Arbeitgeberverband

Es gilt das gesprochene Wort

Geschätzte Medienschaffende,
Sehr geehrte Damen und Herren,

Wer mit Unternehmerinnen und Unternehmern spricht, hört momentan immer wieder das Gleiche: Die Unsicherheit nimmt zu – und dies, wie mein Vorredner bereits ausgeführt hat, in mehrerlei Hinsicht. Was ich aber auch höre: Die Arbeitgeber tun, was sie können. Sie passen sich an, sie investieren in Effizienz, sie bilden aus. Aber sie stossen zunehmend an Grenzen.

Der Wirtschaftsstandort Schweiz ist mit multiplen Herausforderungen konfrontiert, die entsprechend entschlossen adressiert werden müssen. In dieser Situation ist klar: Die Politik darf den Wirtschaftsstandort nicht zusätzlich belasten. Vielmehr braucht es Stabilität, Berechenbarkeit und gezielte Entlastung.

Ein zentraler Erfolgsfaktor der Schweiz ist seit jeher der liberale Arbeitsmarkt. Dieser hat sich in vergangenen Krisen bereits mehrfach bewährt und kommt uns auch jetzt zugute. Unternehmen können rasch auf veränderte Rahmenbedingungen reagieren, Beschäftigung sichern und neue Chancen nutzen. Entscheidend waren und sind dabei stets die Anpassungsfähigkeit der Unternehmen, verlässliche staatliche Rahmenbedingungen und gezielte Instrumente wie die Kurzarbeit und die Arbeitslosenversicherung.

Unternehmen müssen entscheiden, ob sie in der Schweiz oder im Ausland investieren. Ein zentraler Aspekt ist dabei der Faktor Arbeit – und hier zählen zwei Faktoren: die Verfügbarkeit von qualifizierten Arbeitskräften und vernünftige Arbeitskosten.

Bei der Verfügbarkeit gilt es auch die öffentliche Verwaltung in die Pflicht zu nehmen. Gerade angesichts des strukturellen Arbeitskräftemangels sollte der Staat bei der Schaffung neuer Stellen Zurückhaltung üben. In den letzten Jahren ist der Personalbestand der öffentlichen Verwaltung überdurchschnittlich stark gewachsen. In Bereichen, in denen es möglich ist, braucht es einen gezielten Stellenstopp und ein klares Bekenntnis zur Effizienzsteigerung. Denn auch die Verwaltung muss ihren Beitrag leisten, um die Wettbewerbsfähigkeit des gesamten Standorts zu sichern.

Beim zweiten entscheidenden Faktor, den Arbeitskosten, zählt die Schweiz im internationalen Vergleich bereits heute zu den teuersten Standorten. Obwohl die Schweiz durch ihre Stabilität ein attraktiver Standort ist, können die Nachteile durch die hohen Arbeitskosten ab einem gewissen Punkt überwiegen. Für viele Unternehmen stellt sich dann die Frage, ob sich Investitionen in der Schweiz überhaupt noch rechnen. Als Folge können die Unternehmen abwandern oder erst gar nicht in die Schweiz kommen, Projekte verlagern oder Investitionsvorhaben ganz streichen.

Das muss uns alle interessieren. Denn die Wertschöpfung von exportorientierten, multinationalen Unternehmen wuchs in den letzten Jahren dreimal so stark wie die der Gesamtwirtschaft. Auch haben sie in den letzten Jahren mehr als doppelt so viel zum Stellenwachstum beigetragen, wie die anderen Unternehmen. Durch ihre hohe Produktivität heben sie das gesamte Lohnniveau in der Schweiz an. Vom Coiffeur, über den Heizungsmonteur bis hin zur Bäckerin. Wandern die exportorientierten, multinationalen Unternehmen ab, geht es uns allen schlechter: Wir haben weniger Wohlstand und weniger gut bezahlte Arbeitsplätze.

Angesichts der aktuellen Lage ist es gefährlich, dass in der Politik ausgerechnet jetzt über höhere Lohnabgaben diskutiert wird. Seit dem 4. April wissen wir, dass die ständerätliche Sozialkommission die 13. AHV-Rente teilweise über Lohnbeiträge finanzieren möchte. Und damit nicht genug: Weitere Ausbauwünsche stehen schon in der Pipeline: Etwa die Abschaffung der AHV-Rentenplafonierung für Ehepaare, höhere Familienzulagen, oder die Initiative für einen Elternurlaub.

All diese Vorhaben mögen politisch populär klingen. Doch was heute als soziale Errungenschaft verkauft wird, kann morgen dazu führen, dass Unternehmen nicht mehr in Weiterbildung, Vereinbarkeit oder Lohnerhöhungen investieren können. Wettbewerbsfähige Unternehmen sind kein Selbstzweck – sie sind die Basis für Innovation, gute Löhne und soziale Absicherung.

Deshalb ist für den Schweizerischen Arbeitgeberverband klar: Gerade jetzt braucht es Masshalten statt weiteren Sozialausbau. Wo Ungleichheiten in den Sozialwerken bestehen, sollen diese gezielt und kostenneutral ausgeglichen werden – und nicht mit der Giesskanne in Form von pauschalen Leistungserhöhungen für alle.

Was es jetzt braucht, ist ein Signal für finanzpolitische Vernunft und Standortverantwortung. Dazu gehört auch ein Finanzhaushalt des Bundes, der im Gleichgewicht ist. Denn nur wer seine Ausgaben im Griff hat, bleibt handlungsfähig – gerade in Zeiten, in denen Stabilität zur knappen Ressource wird.

Hier setzt das Entlastungspaket 27 an, als Antwort auf die zunehmende strukturelle Schieflage des Bundeshaushalts. Das Entlastungspaket verfolgt einen klaren Kurs: Prioritäten setzen, Ausgaben eindämmen, die Schuldenbremse sichern. Denn der Bund hat kein Einnahmenproblem – er hat ein Ausgabenproblem. Und genau dort muss angesetzt werden.

Ein zentrales Element ist die vorgesehene Entflechtung der AHV-Finanzierung vom Bundeshaushalt. Das ist ein wichtiger Schritt zu mehr Transparenz und Eigenverantwortung in der Sozialpolitik. Wenn Sozialausgaben dauerhaft aus allgemeinen Bundesmitteln quersubventioniert werden, beeinflusst dies das Kostenbewusstsein der gesamten Sozialversicherungen. Die politische Versuchung wächst, Leistungen auszuweiten, ohne gleichzeitig über die Finanzierung nachzudenken. Dies sieht man bereits bei der 13. AHV-Rente, deren Finanzierung bis dato ungeklärt ist. Diese bereits vorangeschrittene Entwicklung des ständigen Ausbaus und dem «Aus dem Vollen schöpfen», wo es nichts mehr abzuschöpfen gibt, muss gestoppt werden.

Mit der Entflechtung wird die AHV wieder als das behandelt, was sie ist: ein eigenständiger Sozialversicherungszweig mit eigener Finanzierungslogik. Das stärkt die Glaubwürdigkeit der Altersvorsorge und schafft Klarheit im Bundeshaushalt und demjenigen der 1. Säule.

Der Schweizerische Arbeitgeberverband begrüsst daher die Entflechtung der AHV-Finanzierung vom Bundeshaushalt. Entscheidend ist für uns, dass die finanzielle Stabilität der AHV dauerhaft gesichert wird – ohne neue Belastungen für Arbeitnehmende und Arbeitgeber. Es braucht jetzt ein klares Bekenntnis: Keine weiteren Lohnprozente für die AHV.

Eine verlässliche Altersvorsorge, stabile Staatsfinanzen und klare finanzpolitische Leitplanken – all das sind zentrale Standortfaktoren. Denn Unternehmen brauchen Vertrauen in die politische und wirtschaftliche Verlässlichkeit unseres Landes damit sie investieren, Arbeitsplätze erhalten und neue schaffen können. Dafür braucht es ein konsequentes Festhalten an bewährten Grundprinzipien – wie der Schuldenbremse, wie dem Fokus auf Ausgabenkontrolle und wie dem Schutz eines liberalen, flexiblen Arbeitsmarktes.

Referat Martin Hirzel, Präsident Swissmem

Medienkonferenz 5. Mai 2025: «Wirtschaftsstandort Schweiz jetzt entlasten»

Sehr geehrte Damen und Herren

Der Bundeshaushalt ist in einer strukturellen Schieflage. Oder einfacher gesagt: Der Bund gibt schlicht zu viel Geld aus. Das vom Bundesrat vorgeschlagene Entlastungsprogramm ist richtig und wichtig – auch für die Schweizer Exportunternehmen. Weshalb?

Stabile Staatsfinanzen sind neben der Unabhängigkeit der Nationalbank unverzichtbar für eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik. Ein gesunder Staatshaushalt hat für die Firmen drei positive Effekte:

1. Er ist ein bedeutender Beitrag für tiefe Zinsen für Unternehmenskredite. Erinnern Sie sich daran, als der designierte deutsche Bundeskanzler vor einigen Wochen ankündigte, die Schuldenbremse zu lockern? Die deutschen Langfristzinsen schnellten umgehend in die Höhe. Damit wird das Zinsniveau für alle Firmen in Deutschland erhöht.
2. Stabile Staatsfinanzen sorgen für eine berechenbare und voraussehbare Steuerlast. Das fördert Investitionen am Standort Schweiz. Denn die Firmen wissen: Die Schulden von heute sind die Steuern von morgen.
3. Schliesslich ist nur ein finanziell gesunder Staat handlungsfähig, besonders in Krisensituationen. Die Massnahmen des Bundes während Covid zur Stabilisierung von Wirtschaft und Gesellschaft gelangen deshalb, weil sich der Bund finanzpolitisch in einer guten Ausgangslage befand.

Zum Sparen gibt es keine Alternativen:

- Für Swissmem kommt die Erhöhung der Einnahmen nicht in Frage. Höhere finanzielle Belastungen wären Gift für den Standort.
- Ebenso wenig darf an der Schuldenbremse gerüttelt werden. Das würde einem fiskalpolitischen Verلودern Tür und Tor öffnen – ein Abwärtsstrudel ohne Sicherheitsnetz.

Die Unfähigkeit der Politik zur Prioritätensetzung wäre zudem ein Armutszeugnis. Als Unternehmer hätten wir dafür, das muss ich Ihnen offen sagen, gar kein Verständnis. Unsere im harten internationalen Wettbewerb stehenden Exportunternehmen senken ihre Kosten um zwei bis drei Prozent – jedes Jahr!

Der vom Bundesrat vorgeschlagene Weg ist also der einzige verantwortungsvolle: Es muss konsequent bei den Ausgaben angesetzt werden. Die Landesregierung hat dabei die «Opfersymmetrie» gewahrt. Verschiedenste Anspruchsgruppen leisten einen Beitrag.

Das gilt auch für die Tech-Industrie, die ich vertrete. Mitgliedfirmen von Swissmem werden von den vorgeschlagenen Massnahmen getroffen. Etwa bei der Innovationsförderung oder in der Berufsbildung.

Trotzdem trägt Swissmem das gesamte Paket der Entlastungen mit.

Es gibt eine Einschränkung: Sollte das Entlastungsprogramm in der jetzigen Form im Verlauf der politischen Debatte aufgeschnürt werden, darf die Industrie natürlich nicht als «Tubel im Umzug» dastehen. Dann werden auch wir punktuell Sparmassnahmen, die den Unternehmen unserer Branche besonders weh tun, in Frage stellen. Aber mit konkreten Vorschlägen zur Kompensation im selben Feld.

Geschätzte Medienschaffende

Es gibt keinen starken Standort ohne stabile Staatsfinanzen – aber sie reichen nicht aus. Die US-Zölle gegen die Schweiz, auf welcher Höhe sie auch immer zu liegen kommen, werden das US-Geschäft erschweren. Manche Firma wird sich aus diesem Markt verabschieden, weil es sich einfach nicht mehr rechnet.

Wir fordern keine Subventionen und erst recht keine Almosen. Aber wir brauchen noch bessere Rahmenbedingungen.

Neben den von Christoph Mäder skizzierten Massnahmen im Inland wie den Bürokratieabbau, den wir energisch einfordern, richten wir den Blick vor allem gegen aussen: Die Politik muss den innovativen und höchst erfolgreichen Schweizer Firmen neue Türen öffnen:

Dazu braucht es Freihandelsabkommen. Das Jüngste ist bekanntlich Indien und dieses muss rasch in Kraft treten. Der Bund ist gefordert, weitere solcher Abkommen mit hohem Tempo abzuschliessen bzw. zu unterzeichnen. Ich denke dabei an Vietnam und natürlich den Mercosur – vergessen wir nicht, dass beispielsweise Brasilien auf Schweizer Maschinen Zölle von bis zu 22% erhebt, also deutlich mehr als derzeit die USA.

Bestehende Abkommen müssen modernisiert werden, allen voran das Freihandelsabkommen mit China oder auch mit Mexiko. Der Besuch von Bundesrat Cassis war ein eminent wichtiges Signal an die Volksrepublik, dass die Handelsbeziehungen zwischen den beiden Ländern weiter vertieft werden sollen. Dazu müssen die restlich verbleibenden Zölle auf rund 5% der Schweizer Tech-Produkte auch noch beseitigt werden. Das tönt zwar nach wenig, aber genau in diesen Tariflinien – z.B. High-Tech-Werkzeugmaschinen – ist die Schweizer Tech-Industrie sehr stark. Vor 10 Jahren wollte uns China hier keine Zollpräferenzen gewähren.

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluss: Wir erleben eine turbulente Zeit, mit vielen Unsicherheiten – und mit vielen Faktoren, die wir nicht beeinflussen können. Aber vieles **können** wir beeinflussen: Halten wir unser eigenes Haus mit stabilen Finanzen in Ordnung. Und öffnen wir unseren Firmen neue Türen.

Besten Dank.

Es gilt das gesprochene Wort

Weitere Auskünfte bei Swissmem erteilt:

– Noé Blancpain, Leiter Kommunikation & Public Affairs, +41 78 748 61 63, n.blancpain@swissmem.ch

REFERAT

Von Kommunikation SVV
Anlass **Medienkonferenz vom 5. Mai 2025**
Datum 5. Mai 2025
Ort Bern

Referat Dr. Stefan Mäder, Präsident des Schweizerischen Versicherverbandes SVV

Sehr geehrte Damen und Herren,

Wir haben es heute schon mehrmals gehört: Die geopolitische Lage ist angespannt und die Verunsicherung spürbar. Dazu kommen die steigenden Staatsausgaben, die unseren Werkplatz belasten.

In fordernden Zeiten ist es wichtig, einen kühlen Kopf zu bewahren und auf bewährte Stärken zurückzugreifen. Der Erhalt von Wettbewerbsfähigkeit und stabilen Rahmenbedingungen ist jetzt zentral. Das *Entlastungspaket* 27 adressiert diese Punkte. Es anerkennt, dass die Schweiz stabile Finanzen, klare Prioritäten und einen handlungsfähigen Staat braucht. Nur so können wir uns als politisch unabhängige aber stark vernetzte Volkswirtschaft unsere Freiheit bewahren.

Auch der Schweizerische Versicherungsverband unterstützt diese Stossrichtung. Aber, wie bereits von meinen Vorrednern erwähnt, das Problem liegt nicht bei den fehlenden Einnahmen. Wir haben heute primär ein Ausgabenproblem.

Und genau hier widerspricht sich das Entlastungspaket des Bundes: Mit der Forderung nach Steuererhöhungen in der zweiten und dritten Säule. Mit zusätzlichen Steuern setzen wir finanz- und sozialpolitisch falsche Signale und schwächen unser Vorsorgesystem, eine der wichtigsten Errungenschaften unseres Landes.

Was heisst das genau?

Gemäss Bundesverfassung Art. 111 Abs. 2 hat der Bund dafür zu sorgen, dass AHV und berufliche Vorsorge ihren Zweck dauernd erfüllen können.

Dauernd, meine Damen und Herren.

Während der Bund die AHV mit Steuergeldern von **jährlich 14 Milliarden Franken** kräftig unterstützt, finanziert sich die berufliche Vorsorge ausschliesslich durch Beiträge von Arbeitnehmenden und Arbeitgebern sowie aus Kapitalerträgen.

Es ist deshalb folgerichtig, dass der Bund steuerliche Anreize setzt, um seinem Verfassungsauftrag dauerhaft nachzukommen. Die vorgeschlagenen Massnahmen im Bereich der direkten Bundessteuer reduzieren allerdings das Anreizsystem in der beruflichen Vorsorge massgeblich.

In der privaten Vorsorge greift Art. 111 Abs. 4 der Verfassung, wonach der Bund diese durch steuerliche Massnahmen fördert. Die vorgeschlagene Massnahme verursacht in der *dritten Säule* eine für viele Betroffene schmerzhafteste Steuererhöhung. Die freiwillige Vorsorge verliert so stark an Attraktivität. Die Förderung der Selbstvorsorge und somit der Eigenverantwortung wird klar geschwächt. Dabei sollten wir gerade mit Blick auf die demographischen Herausforderungen genau das Gegenteil tun: Nämlich unser Dreisäulensystem der Altersvorsorge auf Dauer sichern.

Meine Damen und Herren, der Aufbau der zweiten und dritten Säule ist Ausdruck gelebter Eigenverantwortung. Das belege ich gerne mit Fakten:

- Der Kapitalstock der zweiten Säule in der Schweiz beträgt **rund 1'300 Milliarden Franken**, derjenige der Säule 3a, sprich der gebundenen Vorsorge **über 140 Milliarden Franken**.
- In der zweiten Säule leisten 4,75 Millionen Erwerbstätige und ihre Arbeitgebenden jährlich Beiträge von **über 60 Milliarden Franken**
- und in der Säule 3a zahlen rund die Hälfte der Steuerpflichtigen d.h. 2,75 Millionen Personen jährlich Beiträge von **rund 13 Milliarden Franken** ein.

Wenn der Bundesrat nun vorschlägt, die Kapitalbezüge aus der beruflichen und der privaten Vorsorge künftig deutlich höher zu besteuern trifft dies breite Bevölkerungsschichten, nicht nur Vermögende. Denken wir an den Kapitalbezug für den Erwerb von Wohneigentum oder für den Start in die Selbstständigkeit. **Und vergessen wir nicht, meine Damen und Herren: Die geplante Steuererhöhung trifft auch Kapitalleistungen als Risikoversicherung für Invalidität oder im Todesfall.** Damit habe ich nicht nur als Präsident des SVV, sondern auch als Vertreter einer genossenschaftlich verankerten Versicherung unter dem Solidaritätsgedanken Mühe.

Die Übernahme von Verantwortung gründet auf dem Vertrauen in Stabilität und Verlässlichkeit. Genau dieses Vertrauen wird nun durch die geplante Steuererhöhung erschüttert.

Menschen, die ohnehin schon mit schweren Schicksalsschlägen zu kämpfen haben, werden zusätzlich steuerlich belastet. Dies ist unsozial, politisch kaum vertretbar und nicht volkswirtschaftlich zielführend. Wenn

das Vertrauen in die Vorsorge schwindet, wird langfristig weniger gespart. Das wiederum belastet die Sozialwerke, die Gemeinden und den Bund.

Die vorgeschlagenen Massnahmen mögen kurzfristig fiskalisch verlockend erscheinen, sind aber langfristig unverhältnismässig und teuer. Wer über 30 oder 40 Jahre hinweg seine Altersvorsorge plant, meine Damen und Herren, darf nicht plötzlich mit veränderten Spielregeln konfrontiert werden.

Das widerspricht jeder Logik. Es widerspricht dem Grundsatz der Rechtssicherheit und ist schädlich für jede langfristige Finanzplanung.

Es ist eine Illusion zu glauben, mit einer höheren Besteuerung von Alters- und Risikoleistungen kurzfristig Mehreinnahmen generieren zu können, ohne langfristig Schaden anzurichten. Viele würden ihre freiwilligen Einkäufe in die zweite Säule stoppen, und die Säule 3a würde an Attraktivität verlieren.

Liebe Medienschaffende, lassen sie mich noch einmal betonen:

- Wir brauchen ein leistungsfähiges und generationengerechtes Vorsorgesystem.
- Wir brauchen sichere und stabile Rahmenbedingungen.

Unser Dreisäulensystem ist heute ein Modell mit internationaler Ausstrahlung. Es verbindet Solidarität mit Eigenverantwortung und ist ein volkswirtschaftliches Erfolgsmodell: Die gebundenen Vorsorgegelder fliessen in langfristige Investitionen und fördern die Stabilität. Diese Stabilität ist heute ein entscheidender Standortvorteil.

Der Schweizerische Versicherungsverband setzt sich deshalb für ein verlässliches und generationenübergreifendes Vorsorgesystem ein. Für einen schlanken, aber starken Staat. Das Entlastungspaket 27 trägt dazu bei, die finanzielle Stabilität des Bundes zu sichern. Aber nicht um den Preis einer Vertrauenskrise in der Altersvorsorge.

Setzen wir uns dafür ein, dass die Schweiz auch in Zukunft ein Land bleibt, in dem sich Vorsorgespahren lohnt, Eigenverantwortung gefördert wird und der Staat verlässlich bleibt.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!

«Wake-up Call» für den Standort Schweiz

Die aktuellen weltwirtschaftlichen Entwicklungen und Unsicherheiten müssen ein Weckruf sein. Um die Stabilität und Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz zu erhalten, braucht es jetzt ein entschlossenes Handeln. Es gilt sowohl den Bundeshaushalt als auch die Unternehmen und Arbeitnehmenden gezielt zu entlasten und den Standort Schweiz zu stärken.

Stabilität sicherstellen: Bundeshaushalt entlasten

Der Bund gibt derzeit zu viel aus. Die Ausgaben wachsen stetig. Es ist deshalb höchste Zeit, die Ausgaben in den Griff zu bekommen. Nur so bleibt der Bund handlungsfähig.

- **Entlastungspaket:** Die ausgabenseitigen Massnahmen des «Entlastungspakets 27» müssen vollständig umgesetzt und auf einnahmenseitige Massnahmen soll verzichtet werden. Die Schuldenbremse muss eingehalten werden.
- **Strukturelle Reformen:** Die 13. AHV-Rente darf nicht über Lohnabgaben finanziert, sondern soll über eine temporäre Erhöhung der Mehrwertsteuer finanziert werden, bis die 2026 anzu gehende strukturelle Reform greift.
- **Kein weiterer Ausbau des Sozialstaats:** Auf einen weiteren, nicht finanzierten AHV-Ausbau muss verzichtet werden (z.B. Aufhebung Plafonierung Ehepaarrenten).
- **Konzentration auf Kernaufgaben:** Der Bund und die bundeseigenen Betriebe haben sich auf den Kernauftrag zu konzentrieren. Dort, wo die Privatwirtschaft greifen kann, soll diese greifen. Der Staat konzentriert sich auf die Aufgaben, die die Privatwirtschaft nicht lösen kann.

«Swiss Omnibus»: Regulierungs- und Kostenlast für Unternehmen und Arbeitnehmende reduzieren

Die Schweizer Wirtschaft darf nicht durch weitere Gesetze und Verordnungen eingeschränkt und belastet werden. Kosten sind, wo möglich, zu reduzieren. Die internationalen Entwicklungen sollen dabei berücksichtigt werden – analog zum «Omnibus»-Ansatz der EU braucht es auch einen «Swiss Omnibus» im Sinne eines Bürokratieabbaus und von Vereinfachungen für die Unternehmen.

- **Regulierungsmoratorium:** Es braucht eine Überprüfung und ein Zurückstellen der bereits geplanten Regulierungsvorhaben, die den Standort Schweiz belasten und die Wettbewerbsfähigkeit beeinträchtigen. Beispiele: Investitionsprüfgesetz, CO₂-Verordnung, CO₂-Grenzausgleichsmassnahmen (CBAM), Eigenmittelanforderungen für Banken, Berichterstattungspflichten.
- **Departementübergreifendes Paket:** Das WBF soll – analog zum «Entlastungsprogramm 27» – eine Expertengruppe einberufen, welche bestehende Regulierungen überprüfen und Vorschläge für eine gute und zielführende Regulierung ausarbeiten soll. Die Arbeiten sollen in einem Paket zur Stärkung des Standorts Schweiz münden.
- **Regulierungsbremse:** Die Idee einer «Regulierungsbremse» soll wieder aufgegriffen werden.
- **Internationale Entwicklungen:** Die Schweiz muss gegenüber Konkurrenzstandorten Regulierungsvorteile anstreben und bestehende Regulierungsvorteile wahren. Zugleich sollen internationale Entwicklungen zur Reduktion der Regulierungslast weiterverfolgt und wo sinnvoll proaktiv aufgenommen werden. Dabei orientiert sich der Bundesrat am Schweizer Gesetz, die Bedeutung des bürokratiereibenden Soft Law ist zu reduzieren. Gerade mit Blick auf die Finanzmarktaufsicht (FINMA) muss in jüngster Zeit festgestellt werden, dass sich diese in ihrer Regulierungstätigkeit von internationalem Soft Law leiten lässt. Das führt zu Zielkonflikten mit den weiteren Schweizer Regulierungsgrundsätzen (u.a. Prinzipienbasiertheit, Kostenfolge für beaufsichtigte Institute und Wettbewerbsfähigkeit des Finanzplatzes Schweiz).

**Exportnation stärken:
Handelshemmnisse abbauen**

Die Schweiz als offene und exportorientierte Volkswirtschaft braucht den bestmöglichen Zugang zu Märkten auf der ganzen Welt. Der Abbau von Zöllen und weiteren Handelshemmnissen bringt wirtschaftliche Vorteile für alle Länder.

- **USA:** Die ungerechtfertigten Zölle auf Schweizer Produkte sollen auf diplomatischem Weg möglichst verhindert werden. Die wichtige Rolle der Schweizer Wirtschaft in den USA muss in diplomatischen Gesprächen und gegenüber einer breiten Öffentlichkeit hervorgehoben werden. Erfolgreiche Lösungsansätze bringen wirtschaftliche Vorteile für beide Länder.
- **Europäische Union:** Das Paket der Bilateralen III soll wie geplant vor dem Sommer in die Vernehmlassung geschickt werden.
- **Weltweiter Freihandel:** Das Freihandelsnetz soll weiter ausgebaut werden. Die Freihandelsabkommen mit Mercosur, Vietnam und weiteren Ländern sollten rasch ausgehandelt und das Abkommen mit China aktualisiert werden. Die Abkommen mit Indien, Thailand und Malaysia sollen zügig in Kraft gesetzt werden.

**Produktivität steigern:
Auf einschränkende
Regulierungen verzichten**

Produktivität ist der wesentlichste Wohlfahrtstreiber und die beste Antwort auf den Fachkräftemangel – eine produktivere Wirtschaft schafft Wohlstand für alle.

- **Keine Technologieverbote:** Auf Regulierungen, die Technologien und Innovationen einschränken (z.B. Gentechnik, KI, Energietechnologien, medizinische Forschung) soll so weit wie möglich verzichtet werden. Technologien müssen mehr als Chancen und nicht nur als Risiko gesehen werden.
- **Flexibler Arbeitsmarkt:** Der liberale Arbeitsmarkt darf nicht weiter eingeschränkt werden.
- **Zugang zu qualifizierten Fachkräften:** Der gute Zugang zu ausländischen Fachkräften darf nicht eingeschränkt werden.

**Günstige Energie:
Rascher Ausbau der
Stromproduktion**

Schweizer Unternehmen und Haushalte brauchen eine saubere, sichere und günstige Energieversorgung.

- **Aufhebung Technologieverbot:** Das Technologieverbot für Kernkraft soll gestrichen werden. Bestehende Kernkraftwerke müssen so lange am Netz bleiben, wie sie sicher sind.
- **Inländische Stromproduktion:** Es braucht einen raschen Ausbau der inländischen Stromproduktion, damit saubere und günstige Energie jederzeit vorhanden ist.
- **Stromabkommen mit der EU:** Das neue Abkommen mit der EU ist zentral. Eine bessere Vernetzung mit dem Ausland ist ein wichtiges Element zur Gewährleistung der Versorgungssicherheit.

**Leistungsfähige Infrastruktur:
Jetzt Weichen stellen**

Die Schweiz hat eine gute Infrastruktur, aber die wurde grossmehrheitlich im letzten Jahrhundert gebaut. Es ist unsere Verantwortung, die Infrastruktur auch für die Zukunft zu stärken.

- **Baubewilligungen:** Es braucht Vereinfachungen bei den Baubewilligungsverfahren.
- **Strasse und Schiene:** Die einzelnen Verkehrsträger sollen besser aufeinander abgestimmt werden. Die Strasse als wichtiger Bestandteil dieser Infrastruktur darf nicht vernachlässigt werden.
- **5G-Netz:** Es braucht eine Beschleunigung beim Ausbau der digitalen Infrastruktur. Das gilt insbesondere für das 5G-Netz. Baubewilligungsverfahren sollen möglichst einfach ausgestaltet sein.